

**Deutschland stärken.
Politik der Mitte fortsetzen.**

**Wiesbadener Erklärung der CDU Deutschlands
vom 5. Januar 2008**

Die Mitte.



CDU

Wiesbadener Erklärung der CDU Deutschlands vom 5. Januar 2008

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat anlässlich seiner Klausurtagung am 4. und 5. Januar 2008 in Wiesbaden folgenden Beschluss gefasst:

Deutschland stärken. Politik der Mitte fortsetzen.

I. Vertrauen in Deutschland

Das **Ansehen Deutschlands in Europa und der Welt** ist durch die konstruktive und verlässliche Arbeit der unionsgeführten Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in den letzten zwei Jahren wieder deutlich gestiegen. Deutschland genießt wieder Vertrauen bei seinen Partnern und Freunden.

Die internationale Anerkennung und Achtung unseres Landes wird wesentlich bestimmt durch die wieder gewonnene Leistungskraft unserer Wirtschaft. Nachdem unter der rot-grünen Vorgängerregierung sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Neuverschuldung des Bundes den höchsten Stand seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erreicht hatten, haben wir 2006 die Grundlagen und 2007 die Wende zum Besseren geschafft. **Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit hat zugenommen.** Nach 2,9 Prozentpunkten im Jahr 2006 erwarten wir auch für 2007 und 2008 wieder ein deutliches Wachstum, das zu weiteren neuen Arbeitsplätzen führen wird.

Der Aufschwung kommt immer stärker bei den Menschen an

- Mit **40 Millionen Erwerbstätigen** haben wir den höchsten Stand seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze steigt weiter.
- Die Arbeitslosigkeit ist von über 5 Millionen im Frühjahr 2005 auf unter 3,5 Millionen im Herbst 2007 gesunken. Die **Jugendarbeitslosigkeit befindet sich auf dem geringsten Stand seit der Wiedervereinigung** unseres Landes.
- Der konsequent eingehaltene Konsolidierungskurs und eine erfolgreiche Finanzpolitik bescheren Deutschland die niedrigste **Staatsquote** seit 1973. Eine geringere Staatsquote bedeutet verbesserte Wachstumschancen, und damit bessere Chancen für mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand.
- Die **Arbeitslosenversicherungsbeiträge** sind massiv gesenkt worden. Das Geld kommt jetzt jenen zugute, die für den Überschuss der „Agentur für Arbeit“ gesorgt haben: Den Beitragszahlern. In diesem Jahr haben die Beschäftigten durch geringere Lohnzusatzkosten im Durchschnitt 270 Euro mehr netto in der Tasche als 2006.

- Und: Die **Deutsche Wirtschaft blickt auch positiv auf das Jahr 2008**. Ein Drittel der Firmen plant für dieses Jahr Neueinstellungen. Knapp 40 Prozent der Firmen wollen mehr investieren als 2007.

Diese Erfolge zeigen, dass die Politik des Sanierens, Investierens und Reformierens bei mehr und mehr Menschen ankommt. Die Zuversicht ist gewachsen. Und sie wird weiter zunehmen – bei jedem neuen Arbeitsplatz, bei jeder neuen Ausbildungsstelle, bei jeder neuen Chance, die wir für die Menschen eröffnen.

Wir halten Kurs: Wachstum und Beschäftigung stärken

Im Mittelpunkt unserer Politik bleibt: Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft. Von diesem Kurs wird sich die CDU nicht abbringen lassen. Gerade weil die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwieriger geworden sind, setzen wir mit Vernunft und Augenmaß unsere Politik für mehr Arbeit, mehr Wohlstand und mehr Wachstum fort. Wir verfolgen unseren Weg mit einem **10-Punkte-Plan für Deutschland**:

1. Wir setzen Schritt für Schritt die **Haushaltssolidierung** fort, um Handlungsspielräume zu vergrößern. Zudem setzen wir uns für ein grundsätzliches Neuverschuldungsverbot ein, das die Möglichkeiten der Neuverschuldung auf unabwiesbare Ausnahmestände begrenzt.
2. Der Kurs zur **Senkung von Lohnzusatzkosten** wird konsequent fortgesetzt. Es ist ein großer Erfolg, dass es gelungen ist, die Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent zu senken. Wenn es zum 1. Januar 2009 zusätzliche Spielräume für eine weitere Senkung bei den Sozialversicherungsbeiträgen gibt, werden wir diese nutzen. Damit verbessern wir die Chancen für neue Arbeitsplätze weiter und die Beschäftigten haben mehr netto in der Tasche.

Die rund 80 Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen einer strikten Prüfung unterzogen werden. Das, was sich als wirksam erweist, wird fortgesetzt. Das, was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft. Eine deutliche Reduzierung der Arbeitsmarktinstrumente auf die Hälfte ist sinnvoll und möglich.

3. **Sittenwidrige Löhne** müssen per Gesetz verboten werden. Die CDU setzt sich für ein Mindesteinkommen in Deutschland ein. Für uns gilt: Wenn man arbeitet, muss man mehr haben, als wenn man nicht arbeitet. Um Arbeitsplätze auch für gering Qualifizierte zu sichern oder zu schaffen, soll sich das Mindesteinkommen aus einer Kombination von Lohn und Lohnzuschuss zusammensetzen.

Die Festsetzung von Löhnen ist Aufgabe der Gewerkschaften und Arbeitgeber. Sie haben aufgrund der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie die Höhe der Löhne und damit auch die Lohnuntergrenzen festzulegen. Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen. Deshalb wird es mit der CDU Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben. Gerade Geringqualifizierte und Ungelernte wären die Verlierer einer solchen Regelung.

4. Wir wollen eine Änderung der **Hinzuverdienstregeln** im Bereich des Arbeitslosengeldes II. Es sind mehr Anreize notwendig, nicht in Passivität oder Minijobs zu ver-

harren, sondern Hinzuverdienste und Arbeitseinsatz in Richtung einer Vollerwerbstätigkeit zu steigern. Wir wollen weitere **neue Beschäftigungschancen** schaffen, in dem wir Privathaushalte als Arbeit- und Auftraggeber zusätzlich steuerlich fördern. Dadurch machen wir legale Arbeit attraktiver und dämmen die Schwarzarbeit ein.

5. Wir brauchen ein **verständliches Arbeitsgesetzbuch**, das insbesondere in kleinen und mittelständischen Betrieben Beschäftigung sichert und fördert und das Arbeitsrecht handhabbarer macht. Dabei geht es um einen fairen Ausgleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer und den Beschäftigungschancen der Arbeit-suchenden.
6. Die Teilhabe von Arbeitnehmern an **Gewinn und Kapital** ihrer Unternehmen ist eine Antwort auf die veränderten Arbeitsbedingungen in der globalisierten Welt. Dieser Investivlohn bietet den Arbeitnehmern die Chance, privates Vermögen aufzubauen. Unser zentraler Ansatz zur Förderung dieser Form der Arbeitnehmerbeteiligung ist die nachgelagerte Besteuerung.
7. Wir halten fest am Ziel einer **Einkommensteuerreform** nach den Prinzipien: einfach, niedrig, gerecht. Ein Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen fördert Leistung und Initiative und ermöglicht, Vorsorge zur Absicherung von Lebensrisiken zu treffen. Unser Ziel ist es bis zum Frühjahr 2009 in einem Eckpunktepapier unser Steuerkonzept weiter zu entwickeln. Die Reform der Unternehmensteuer stärkt den Standort Deutschland: Internationale Unternehmen, aber auch der Mittelstand, finden verbesserte Rahmenbedingungen, um in unserem Land zu investieren.
8. Ungerechtfertigten Preissteigerungen auf dem **Energiemarkt** werden wir konsequent begegnen. So müssen sich Stromerzeuger darauf einstellen, dass wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit jede Preiserhöhung zunächst in Frage stellen und begründet wissen wollen. Die Verschärfung des Kartellrechts findet deshalb unsere volle Unterstützung.
9. Wir haben uns klare Ziele für die Reduktion der gegenwärtigen **Bürokratiekosten** in Deutschland gesetzt: Bis 2011 wollen wir sie um ein Viertel reduzieren; bis 2009 wollen wir die Hälfte dieses Ziels erreicht haben.
10. Unsere Politik der **Europäischen Einigung** ist ein wesentlicher Teil unserer Antwort auf die Globalisierung, denn es macht uns stark im internationalen Wettbewerb. Die Vollendung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Binnenmarkts bleibt eine Daueraufgabe. Die Europäische Union muss intensive Anstrengungen unternehmen, um verstärkt Wirtschaftswachstum zu schaffen, auf dem Weltmarkt ihren Platz zu behaupten und ihre Wettbewerbschancen zu verbessern. Voraussetzungen dafür sind die uneingeschränkte **Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank** und die strikte Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

II. Familien in den Mittelpunkt – Maßnahmenkatalog für Familien und Kinder

Im Zentrum unserer Politik der Mitte steht die Familie. Dabei haben wir alle Generationen im Blick und wollen den Zusammenhalt untereinander stärken. Deshalb macht die CDU Politik sowohl für Kinder als auch für Eltern und Großeltern.

Deutschland braucht fröhliche, lebenslustige und neugierige Kinder, die ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Kinder brauchen Verlässlichkeit und Zuwendung in der Familie und in ihrem Umfeld, damit sie zu frei und eigenverantwortlich handelnden Persönlichkeiten reifen können. Jedes Kind verfügt über besondere Stärken und Talente.

Besonders mit Blick auf die **Kinder** wollen wir die Chancengesellschaft, in der Lebenschancen möglichst gerecht verteilt sind, weiter ausbauen. Dies bedeutet, Verschiedenheit anzuerkennen, Vielfalt zu achten und die Potenziale jedes Einzelnen so zu fördern, damit sie sich in der Gemeinschaft entfalten können.

Wir wollen konkrete, fassbare Verbesserungen mit einem „**Maßnahmenkatalog für Familien und Kinder**“ erreichen.

1. **Starke Kinder brauchen starke Familien.** Bei der Bildung und Erziehung von Kindern kommt Eltern und Familien die ganz entscheidende Bedeutung zu, denn Bildung ist ein umfassender Prozess, der auf frühen Erfahrungen aufbaut. In Familien werden soziale Kompetenzen gelernt und Wertorientierungen vermittelt. Damit Bildung und Erziehung gelingen können, müssen Eltern ihren Kindern von Anfang an Zeit und Aufmerksamkeit widmen.
2. Die CDU will das **Kindergeld zum 1.1.2009 erhöhen**. Die Höhe des Anstiegs werden wir im Herbst 2008 festlegen. Vorschläge, das Kindergeld auszusetzen und das Geld zum Ausbau staatlicher Programme zu verwenden, werden wir nicht akzeptieren. Das Geld muss auch weiterhin direkt bei den Familien ankommen.
3. Schon heute unterliegen zahlreiche wichtige Kinderartikel dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Wir wollen auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit prüfen, wo in Zukunft grundsätzlich der **untere Mehrwertsteuersatz** angewendet werden kann. Ziel ist, **typische Kleinkind- und Kinderprodukte** des täglichen Bedarfs hierunter zu fassen.
4. Die Weiterentwicklung des **Kinderzuschlags** als Kombination von Erwerbseinkommen und staatlicher Förderleistung für Familien mit einem geringen Einkommen ist ein weiterer wichtiger Faktor, um Familien als Gemeinschaft unabhängig vom Arbeitslosengeld II zu machen. Mit dem Kinderzuschlag können wir rund eine halbe Million Kinder aus der Sozialhilfe holen.
5. Mit dem **Elterngeld** haben wir Vätern und Müttern eine neue Perspektive gegeben. Es sichert gezielt im ersten Lebensjahr des Kindes das Einkommen, damit sich Eltern für ihr Neugeborenes Zeit nehmen können. Auch Alleinerziehende und Familien, bei denen nur ein Partner verdient, profitieren hiervon.
6. Der Ausbau des **Betreuungsangebots** für unter Dreijährige sorgt für tatsächliche Wahlfreiheit. Wir wollen für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren bis 2013 ein Betreuungsangebot in Tagespflege oder Kinderkrippen schaffen. Im Anschluss werden wir ein **Betreuungsgeld** für Eltern einführen, die ihre Kinder vom vollendeten 1. bis zum 3. Lebensjahr zu Hause betreuen und keinen Platz in einer Kindertagesstätte beanspruchen. Der Ausbau von **Mehrgenerationenhäusern**, die offene Tagestreffpunkte

darstellen, um Kinder zu fördern, Familien zu beraten und zusätzliches bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen, trägt zur Stärkung der Familien bei.

7. Um **Wahlfreiheit für die Eltern** weiter zu verbessern, muss auch die Wirtschaft zunehmend eine familienbewusste Arbeitsorganisation innerhalb von Unternehmen anbieten. Hierzu gehören Arbeitszeitkonten, Telearbeit, Betriebskindergärten und attraktive Möglichkeiten zum Wiedereinstieg in den Beruf.
8. Wir wollen die **Kindertagespflege** attraktiver ausgestalten und die Qualifizierung der Kindertagesmütter und -väter verbessern. Mittelfristig wollen wir in ganz Deutschland mindestens das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei anbieten sowie die Verzahnung mit den Grundschulen vorantreiben.
9. Kein Kind darf aus materiellen Gründen von den Angeboten einer Ganztageseinrichtung ausgeschlossen bleiben. Dort, wo Eltern das **Geld für** das gemeinschaftliche **Mittagessen** fehlt und sie ihre Kinder deswegen nicht zum Ganztagsangebot anmelden, werden wir adäquate Lösungen erarbeiten.
10. Um Kinder vor Verwahrlosung und Misshandlung zu schützen, müssen Anzeichen frühzeitig erkannt werden. Der frühe und unkomplizierte Zugang zu **Beratungs- und Hilfsangeboten** für Eltern ist genauso wichtig wie die Kooperation von Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe. Die CDU setzt sich deshalb weiterhin dafür ein, dass **alle Kinder an Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen**. Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem des Staates, um Kinder zu schützen, deren Eltern ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Damit Kindermisshandlungen und Kindervernachlässigungen besser erkannt und notwendige Schritte eingeleitet werden können, müssen die Vorsorgeuntersuchungen darüber hinaus weiterentwickelt werden. Das gilt sowohl für die Untersuchungsinhalte als auch für die Anzahl der Untersuchungen und die Untersuchungsintervalle. Tagespflege, Kindertageseinrichtungen und Kinderärzte sollen verstärkt für ein **soziales Frühwarnsystem** gewonnen werden.
11. **Schulverweigerer** müssen durch gezielte Betreuung zu einem Abschluss geführt werden. Daher setzen wir uns für die Fortführung und Ausweitung des Projekts "Schulverweigerung – Die 2. Chance" ein. Kinder und Jugendliche müssen das Gefühl haben, von der Gesellschaft gebraucht und akzeptiert zu werden.
12. Der **Nationale Ausbildungspakt**, den die unionsgeführte Bundesregierung mit neuen Zielvorgaben bis 2010 verlängert hat, aber auch viele regionale Ausbildungspakte verbessern die beruflichen Bildungschancen junger Menschen. Wir fordern die Gewerkschaften auf, sich endlich ebenfalls am Nationalen Ausbildungspakt zu beteiligen. Mit der **"Kombi-Lehre"** wollen wir darüber hinaus für arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluss zusätzliche betriebliche Ausbildungsangebote schaffen. Ziel ist es, Ausbildungsbetriebe zu ermutigen, auch diese Jugendlichen zu einem Berufsabschluss zu führen.

III. Jugendkriminalität: Vorbeugen – Hinsehen – Eingreifen

Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis harter Arbeit insbesondere der Polizei und der Sicherheitsbehörden an deren Seite die CDU steht. Es gibt jedoch keinen Anlass, sich auszuruhen. Die CDU hat in den Koalitionsverhandlungen und in den Debatten zum Beispiel im Bundesrat auf die Entwicklung der Jugendkriminalität hingewiesen. Heute werden bis zu 43 Prozent der Gewaltdelikte von unter 21-Jährigen verübt, fast die Hälfte von diesen Tätern ist nichtdeutscher Herkunft. In der jüngsten Vergangenheit haben uns brutale Übergriffe mehrfach vorbestrafter Jugendlicher aufgeschreckt und den Handlungsbedarf erneut belegt.

Für uns ist klar: Es darf keine rechtsfreien Räume in Deutschland geben. Vielmehr muss sich jeder Bürger zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher und frei von Angst bewegen können.

Die SPD steht seit Jahren bei dem Thema auf der Bremse: Bereits in 2003 und 2004 haben die Unionsländer Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur besseren Bekämpfung der Jugendkriminalität vorgelegt. Seitdem blockiert die SPD – zunächst in der rot/grünen Koalition und nun in der Großen Koalition – die längst überfälligen Reformen.

Wir erwarten, dass die SPD nicht länger wegschaut und fordern sie unverzüglich zu Gesprächen mit der CDU auf.

Die CDU drängt auf einen verantwortlichen Ansatz, der sowohl den Schutz der Bevölkerung als auch den richtigen Umgang mit Opfern und Tätern im Blick hat. Wir schlagen das 3-Säulen-Programm „Vorbeugen – Hinsehen – Eingreifen“ vor und sind bereit, es kurzfristig umzusetzen:

Säule 1: Vorbeugen

Die Familie ist und bleibt die wichtigste Erziehungsinstitution. Schulen können die Erziehungsarbeit der Eltern unterstützen und ergänzen, sie können sie aber nicht ersetzen. Gemeinschaft entsteht immer zuerst vor Ort. Daher müssen wir bei allem staatlichen Handeln das Miteinander aller gesellschaftlichen Gruppen im Blick haben und fördern. Parallelgesellschaften untergraben den notwendigen Zusammenhalt. „Multi-Kulti“ wurde zu lange als Vorwand zum Wegschauen verwandt. Miteinander leben, heißt zuerst die Regeln des Zusammenlebens in Deutschland zu akzeptieren.

- Von ausländischen Familien erwarten wir, dass sie bereit sind, die **deutsche Sprache** zu lernen. Dies ist der Schlüssel zur Vermeidung von Parallelgesellschaften. Daher setzen wir u.a. auf Sprachförderung bereits vor der Einschulung, damit Kinder mit Migrationshintergrund nicht bereits in der Grundschule an den Rand gedrängt werden.
- Die Integrationsanstrengungen des Bundesinnenministers in Form der **Islamkonferenz** und der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration in Form des **Integrationsgipfels** sind unerlässlich. Endlich sprechen wir miteinander statt übereinander. Dies ist auch die Grundlage des **Nationalen Integrationsplans**, der neue Wege geht und den Zuwanderern neue Chancen für die Integration eröffnet. Erstmals wirken alle, die in Politik und Gesellschaft mit Integration befasst sind, Hand in Hand:

Bund, Länder, Kommunen, Migrantinnen und Migranten, Institutionen und Organisationen aus Wissenschaft, Medien, Kultur, Sport, Wirtschaft, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften. Diese Erfolgsmodelle müssen fortgesetzt und auch um entsprechende Elemente auf Landes- und kommunaler Ebene ergänzt werden.

- In den **Schulen und** durch die **Jugendarbeit** wollen wir die Bereitschaft stärken, die Werte und Tugenden, die unser Zusammenleben in Deutschland ausmachen, zu vermitteln. Dazu gehört das Erziehen zu Toleranz und Mitmenschlichkeit ebenso wie das Erlernen der Achtung der Würde des Menschen und die Einhaltung von Ordnungsrahmen. Wir unterstützen Lehrer darin, Gewalt in den Schulen konsequent zu ächten.
- Wir wollen die **Halbierung der Zahl der Schulabbrecher** erreichen und **Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen** erhöhen. Deshalb führen wir u. a. den Ausbildungspakt fort. Damit Altbewerber mit schlechten persönlichen Chancen auf dem Ausbildungsmarkt einen Berufsabschluss erreichen können, wollen wir Betriebe, die diesen benachteiligten jungen Menschen einen Ausbildungsvertrag geben, in einer zeitlich befristeten Kraftanstrengung gezielt unterstützen.
- Noch immer ist die **Arbeitslosigkeit** insbesondere **von ausländischen Jugendlichen** in Deutschland zu hoch. Weit über eine halbe Million Ausländer suchen derzeit einen Arbeitsplatz. Aber auch hier beginnt der Aufschwung zu wirken: Bei den Jugendlichen bis 25 Jahre ist in den vergangenen zwölf Monaten die Arbeitslosigkeit um fast 18 % zurückgegangen. Die CDU steht dafür, diesen Weg des Fördern und Fordern weiterzugehen.

Säule 2: Hinsehen

Die CDU ist die Partei der Sicherheit. Die Bürger vertrauen auf die CDU, dass wir die Rahmenbedingungen für die Sicherheit in unserem Land kontinuierlich verbessern. Dabei setzen wir auf die Unterstützung der Bevölkerung und begrüßen es sehr, dass es eine zunehmende Bereitschaft gibt, insbesondere Körperverletzungsdelikte bei der Polizei zur Anzeige zu bringen. Wir brauchen über das Thema Jugendkriminalität hinaus eine „Kultur des Hinsehens“ in unserer Gesellschaft, um den Zusammenhalt zu stärken und Gewalt zu unterbinden.

- **Zivilcourage und Engagement** der Bevölkerung sind notwendig. Sich einmischen kann sowohl in Form eines schnellen aufmerksam machen der örtlichen Polizei erfolgen wie durch das eigene beherzte Eingreifen.
- Wir treten für ein konsequentes Einsetzen von **Videoüberwachungsanlagen** an einschlägigen Orten und Plätzen ein, um das Sicherheitsgefühl und die Abschreckung zu stärken und die Kriminalität durch eine verbesserte Aufklärungsmöglichkeit zurückzudrängen. „Angsträume“ dürfen gar nicht erst entstehen bzw. müssen da, wo bereits vorhanden sind, zurückgedrängt werden. Die Polizei muss zudem die Möglichkeit haben, schnell auf die Überwachungsanlagen anderer Institutionen zuzugreifen.

Säule 3: Eingreifen

Der Staat kann nicht von Bürgern Zivilcourage und Einsatz fordern, wenn er selber nicht entschlossen genug mit jungen Straftätern umgeht. Dazu gehört auch, dass Gerichte zeitnäher über Straftaten urteilen. Sanktionen müssen spürbar sein. Gleichzeitig muss der Strafvollzug Sicherheit schaffen und Rückfällen entgegenwirken. Neben dem Schutz der

Bürger vor weiteren Übergriffen soll dabei vor allem eine sinnvolle Einwirkung auf den jungen Straftäter im Vordergrund stehen, die ihm eine „zweite Chance“ zu einem rechtstreuen Leben gibt. Wir erneuern daher unsere Forderungen zum konsequenteren Umgang mit Jugendkriminalität:

- Neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe soll es möglich sein, einen „**Warnschussarrest**“ anzuordnen. So kann dem Jugendlichen klar werden, was auf ihn zukommt, wenn er sich nicht ändert und verhindert werden, dass er die Bewährungsstrafe als "Freispruch zweiter Klasse" empfindet.
- Jugendliche Straftäter müssen frühzeitig, nicht erst nach einer langen kriminellen „Karriere“, etwa in **Erziehungscamps mit therapeutischem Gesamtkonzept** ein Leben mit fester Struktur und Respekt vor Anderen lernen. Es bestehen insbesondere in unionsgeführten Ländern bereits vorbildhafte Projekte, in denen jugendliche Täter mit strengen Regeln, Sport, Disziplin, Arbeit und Verhaltenstraining wieder einen Weg in die Gesellschaft finden. Diese müssen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger flächendeckend ausgebaut werden. Die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Erziehungscamp muss auch bei einer Bewährungsstrafe erfolgen können.
- Wir wollen für Täter ab einem Alter von 18 Jahren bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die **Anwendung des Erwachsenenstrafrechts** wieder zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen.
- Gegen Heranwachsende, auf die wegen ihrer mangelnden Reife noch Jugendstrafrecht anzuwenden ist, soll für schwerste Verbrechen eine **Jugendstrafe von bis zu 15 Jahren statt maximal 10 Jahren** verhängt werden können.
- Zum Schutze der Bevölkerung soll die **Sicherungsverwahrung** auch bei Heranwachsenden zugelassen werden, wenn diese zu einer Jugendstrafe von mindestens 5 Jahren wegen der Begehung einer schwerwiegenden Straftat (Verbrechen gegen das Leben, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Raub mit Todesfolge etc.) verurteilt wurden.
- Wir wollen die jugendstrafrechtlichen Handlungsinstrumentarien erweitern: Wir treten dafür ein, das **Fahrverbot** oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht zu verankern und sein Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten zu eröffnen.
- Wir wollen außerdem eine **Änderung des Aufenthaltsrechtes**. Ausländer müssen bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung zwingend ausgewiesen werden können, und nicht erst wie bislang unter bestimmten Bedingungen nach drei Jahren. Gleichzeitig muss auch der Ausweisungsschutz im Aufenthaltsrecht für schwer kriminelle Jugendliche zurückgefahren werden.
- Wir wollen den **Opferschutz** in Deutschland verbessern und effizienter gestalten. Die Opfer von Straftaten haben Anspruch auf umfassende Hilfe und Unterstützung. So sehr unsere Aufmerksamkeit den Tätern gilt, muss sie doch primär den Opfern gehören. Menschen, die Opfer von Straftaten werden, sind oft jahrelang dadurch traumatisiert. - Wir unterstützen daher Initiativen aus den Ländern, die u. a. Opfern

von Verbrechen wie schwerer Körperverletzung einen Anspruch auf einen eigenen Anwalt einräumen wollen.

Bei unserem **Kongress „Starke Familien – Starker Staat“ am 18. Januar 2008 in Hamburg** werden wir ausführlich sowohl über diese notwendigen Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit, als auch den Maßnahmenkatalog für Familien und Kinder diskutieren und unsere Vorschläge zur Chancengesellschaft einbringen.

IV. Zusammenhalt der Generationen - Ältere stärker einbeziehen

Über viele Jahre wurde den **älteren Menschen in unserer Gesellschaft** nicht in ausreichendem Maße Aufmerksamkeit und Beachtung geschenkt. Das war ein Fehler. Stellvertretend für diese Fehlentwicklung stehen tausende Betriebe, in denen Frühverrentungsprogramme dazu geführt haben, dass wertvolle Erfahrungsträger kaum noch als Vorbilder zur Verfügung stehen. Wir wollen die Erfahrung der älteren Generationen wieder stärker nutzen. Denn wir wissen: Erfahrung hat Zukunft.

Der Kurs Vorfahrt für Arbeit ist zugleich ein wichtiges Signal für die Rentenversicherten: Je mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, desto **höhere mögliche Rentensteigerungen**. Je mehr Einzahler, desto stabiler die Rentenbeiträge.

Initiativkreis „Zusammenhalt der Generationen“

Die CDU ist die einzige Partei, die mit dem Grundsatzprogramm den Zusammenhalt der Generationen als eine der entscheidenden gesellschaftspolitischen Ziele beschreibt. Daran wollen wir anknüpfen und die jungen Talente unserer Partei mit den Erfahrungsträgern zusammenbringen. Wir werden daher im Frühjahr 2008 einen Initiativkreis „Zusammenhalt der Generationen“ einrichten, der innerhalb eines Jahres eine Beschlussfassung der CDU zu diesem Thema vorbereiten soll.

Bereits am **14. Januar 2008** werden die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin sowie der Generalsekretär **Erfahrungsträger der CDU** im Konrad-Adenauer-Haus treffen, um gemeinsam über die gesellschaftliche Herausforderung und die Zusammensetzung des Initiativkreises zu beraten.

Programm „Erfahrung weckt Talente“ – 100 000 Patenschaften bis 2010

Jedes Jahr verlassen rund 80 000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Auf dem Ausbildungsmarkt gibt es derzeit ca. 100 000 Altbewerber, die seit Jahren vergeblich eine Lehrstelle suchen. Gleichzeitig besteht ein großes Potenzial von erfahrenen Bürgerinnen und Bürgern, die diesen jungen Menschen helfen können, eine Perspektive zu erschließen. Wir wissen, dass in jedem Menschen Talente stecken und wir glauben, dass ihnen frühzeitig geholfen werden muss, diese zu wecken. Deshalb machen wir uns stark für das Programm „Erfahrung weckt Talente“. Dabei wollen wir am Nationalen Ausbildungspakt und Programmen wie bspw. „Die zweite Chance“ anknüpfen.

Wir wollen mit diesem Programm **Erfahrungsträger** für Patenschaften gewinnen. Leistungsschwache Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig auch mit Unterstützung der Paten angeregt werden, eine **Lebens- und Berufsperspektive** zu entwickeln. Ihnen soll konkret geholfen werden, den Schritt von der schulischen zur beruflichen Ausbildung er-

folgreich zu meistern. Dies erfordert mitunter langjähriges und hartnäckiges Engagement. Dies ist gleichsam gelebte Bürgergesellschaft.

Ein solches ambitioniertes Projekt kann nur gelingen, wenn vorhandene Strukturen vor Ort genutzt und vernetzt werden. Deshalb streben wir eine **Kooperation mit den Kammern** (IHK und HWK) an. Wir werden noch im Januar entsprechende Gespräche aufnehmen und schnellstmöglich ein entsprechendes Konzept dem Koalitionsausschuss vorlegen. Wir schlagen vor, dass Paten für ihre **wertvolle gesellschaftliche Tätigkeit** eine Anerkennung erfahren und fordern die Bundesregierung auf, entsprechende steuerfreie Mittel aus dem Bundeshaushalt (analog zu der Regelung zur sog. „Übungsleiterpauschale“) bereitzustellen.

V. CDU – Die führende politische Kraft in Deutschland

In den kommenden Monaten treffen die Menschen in drei Bundesländern Entscheidungen, die wesentlich die Richtung der Entwicklung Deutschlands im vor uns liegenden Jahrzehnt festlegen. In Hessen, Niedersachsen und Hamburg werden Landesparlamente und Landesregierungen im Januar und Februar gewählt. Die Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern haben die Wahl, ob unser Land aus der Mitte der Gesellschaft heraus regiert werden soll oder ob die Ränder an Einfluss gewinnen.

Die CDU hat in allen drei Ländern alle Chancen, wieder als **stärkste politische Kraft** aus den Wahlen hervorzugehen und in ihrer Regierungsverantwortung bestätigt zu werden. Die Wähler wissen: Dort, wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Wir kämpfen dafür, dass **Roland Koch, Christian Wulff und Ole von Beust ihre erfolgreiche Arbeit als Regierungschefs fortsetzen** können.

In den letzten neun Jahren hat die CDU **Hessen** für das Land und seine Menschen eine große Erfolgsgeschichte geschrieben. Nur mit der CDU bleibt Hessen stark. Der Erfolgsweg für die Menschen in Hessen muss fortgesetzt werden. Deshalb muss **Roland Koch** Ministerpräsident von Hessen bleiben!

Für **Niedersachsen** hat sich der Regierungswechsel 2003 zur CDU für alle Teile der Bevölkerung gelohnt. Niedersachsen erlebt seitdem einen beispiellosen Aufschwung. Niedersachsen muss auf Kurs gehalten werden – und **Christian Wulff** weiter die Zukunft Niedersachsens erfolgreich gestalten!

Für **Hamburg** hat sich der Regierungswechsel hin zur CDU im Jahr 2001 gelohnt. Seitdem geht es endlich wieder spürbar und sichtbar aufwärts. Hamburg braucht **Ole von Beust** als Ersten Bürgermeister von Hamburg, damit die erfolgreiche Politik für ein lebenswertes Hamburg fortgesetzt werden kann.

Die CDU hat alle Chancen, wenn wir für unsere Konzepte gemeinsam kämpfen. Die Union ist die stärkste politische Kraft in Deutschland, weil die Menschen in Deutschland auf die gute Regierungsfähigkeit der CDU vertrauen. Wir werden alles daran setzen, dieses Vertrauenskapital zu erhalten und auszubauen.